

Protokollauszug

aus der
10. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung
vom 15.10.2009

öffentlich

Top 2 Information der Oberförsterei über Tätigkeitsschwerpunkte

zur Kenntnis genommen

Herr Krüger (Leiter der Oberförsterei Potsdam) informiert, dass die Oberförsterei Potsdam ca. 11.000 Hektar Wald bewirtschaftet, von denen ca. 5.200 Hektar in der Landeshauptstadt Potsdam liegen. Zum Verantwortungsbereich der Oberförsterei Potsdam gehören sechs Revierförstereien. Der Zuständigkeitsbereich der Oberförsterei Potsdam umfasst u.a. Stadt Potsdam mit allen Ortteilen sowie Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf, Nuthetal, Michendorf, Dallgow Döberitz. Alle Potsdamer Wälder haben Erholungswert, aber auch Trinkwasser- oder Lärmschutzfunktion.

Herr Krüger verweist auf die Neuorganisation des Landesbetriebes Forst Brandenburg, wonach die Zahl der Oberförstereien auf ca. ein Drittel zurückgehen soll. Derzeit sind in der Oberförsterei Potsdam 23 Mitarbeiter beschäftigt. Es werden jeweils zwei Azubis in einer dreijährigen Ausbildung zum Forstwirt ausgebildet.

Anschließend erörtert er die Aufgaben der Forstbehörde. Die Forstbehörde führt auch behördliche Tätigkeiten durch, zu denen z.B. auch die enge Zusammenarbeit mit dem Bauaufsichtsamt und der Stadtplanung gehören.

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die Öffentlichkeitsarbeit und die Waldpädagogik.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich ist die Forstaufsicht. Ein Hauptproblem ist hier das unbefugte Befahren der Wälder und das Parken in den Waldrändern.

Als Beispiel führt er den Waldbereich am Friedhof an und weist darauf hin, dass hier in Gesprächen mit der LHP eine Klärung herbeigeführt werden muss, wenn an dieser Stelle das Parken ermöglicht werden soll.

Er weist darauf hin, dass das geringe Forstverständnis der Bevölkerung ein großes Problem ist. Ein weiteres Problem sind erhebliche Mengen an Müll, die illegal im Wald abgeladen werden.

Besonderheiten in Potsdam sind aus seiner Sicht, die Beteiligung an Maßnahmen der Stadtentwicklung, Bau von Wegen und Straßen. Hierfür spricht er beispielhaft den Mauerrundweg an. Auch der Trinkwasserschutz und die touristischen Schwerpunkte sind wichtig. Aufgrund der hohen Brandgefahr in den Wäldern wird eine enge Zusammenarbeit mit der Feuerwehr gepflegt.

Abschließend lädt er den Ausschuss ein, eine Sitzung in der Waldschule im Wildpark durchzuführen.

Herr Teuteberg fragt, ob die Landeshauptstadt Potsdam sich wegen der Einsparungen der Personalstellen Sorgen machen soll. Er fragt Herrn Krüger, ob er mit der Zusammenarbeit mit der LHP zufrieden ist.

Herr Dr. Seidel hat den Eindruck gewonnen, dass es eine gute Kooperation gibt und fragt, ob zu fürchten sei, dass es hier als Folge der Personaleinsparungen eine Verschlechterung geben könnte.

Herr Krüger weist darauf hin, dass insgesamt ca. 900 Mitarbeiter ausscheiden. Auch in Potsdam wird sich dadurch die Betreuungsintensität verändern. Verbindliche Aussagen können aber noch nicht getroffen werden.

Die Zusammenarbeit mit der LHP wird als „normal“ eingeschätzt. Bei zwingenden Verfahren wird die Forstbehörde einbezogen.

Grundsätzlich fühlt er sich durch die LHP akzeptiert und rechtzeitig einbezogen.

Herr Menzel nimmt Bezug auf die Klimaveränderung und weist darauf hin, dass Nadelbäume für die Wasserspeicherung nicht so gut sind, wie Laubbäume. Was tut hier die Oberförsterei Potsdam?

Herr Krüger erklärt, dass Kieferbestände ausgelichtet und mit Buchenbeständen unterpflanzt werden, da die Buche optimal für die Wasserspeicherung ist.

Es ist festzustellen, dass bestimmte Baumarten, die bisher in Potsdam sehr selten waren, plötzlich sehr gut wachsen.

Die Alteichen sind im Gegensatz dazu stark abgängig. An deren Stellen werden neue Eichen gepflanzt.

Herr Dr. Wegewitz spricht das Parken im Waldstück am Neuen Friedhof an und fragt, ob es Überlegungen gibt z.B. durch das Ablegen von Baumstämmen dem potenziellen Parkplatzsucher zu signalisieren, dass an dieser Stelle das Parken nicht möglich ist.

Herr Krüger erklärt, dass in solchen Fällen dann aus Sicherheitsgründen genormte Stahlschranken aufgestellt werden müssen, da diese Sperren sonst ein unkalkulierbares Risiko darstellen, für das der Eigentümer bei einem Unfall haften muss. Dies ist aus Kostengründen nicht zu realisieren.

Frau Oldenburg spricht die Forstreform an, die laut Aussage von Herrn Krüger noch nicht abgeschlossen ist. Sie fragt, wie im ordnungsbehördlichen Bereich Verbesserungen in Bezug auf Müllsünder erzielt werden können und ob es die Möglichkeiten gibt, die Müllsünder in Haftung zu nehmen. Gibt es andere Behörden, die in das Problem einbezogen werden können?

Herr Krüger erklärt, dass die Zahlen zur Forstreform feststehen und Gegenstand der Haushaltsplanung sind. Die Zuteilung der Mitarbeiter zu den einzelnen Aufgaben ist noch nicht jedoch noch nicht erarbeitet.

Die Müllbeseitigung wird weiterhin erfolgen, aber möglicherweise in größeren Intervallen.

Frau Müller nimmt Bezug auf den Wunsch, dass die LHP die weggefallenen Arbeiten der Forstbehörde übernehmen sollte. Sie weist darauf hin, dass es keine ABM-Maßnahmen mehr gibt. Eine Kompensation von Seiten der Stadt ist aufgrund der Haushaltsituation der LHP nicht möglich.